

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 250-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.1172

Eingereicht am: 20.11.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) (Sprecher/in)

Müller (Orvin, SVP)
Fuchs (Bern, SVP)

Weitere Unterschriften: 13

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Cannabispräventionkampagne als wichtiger Beitrag zur Gesundheitsförderung

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Präventionskampagne gegen den Cannabiskonsum zu lancieren. Diese muss kostengünstig und im Rahmen des ordentlichen Budgets umgesetzt werden.

Begründung:

Eine wirkungsvolle Prävention muss zu einer Reduktion der Nachfrage beitragen, indem die Widerstandskraft des Jugendlichen gegen Rauschgiftkonsum gestärkt wird. Eine ermutigende Anleitung beim Aufbau eines gesunden Lebensstils in Familie, Schule und Freizeit – d. h. das Erlangen eines körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefindens bereits im Kindesalter – ist eminent wichtig. Das Kind, der Jugendliche muss lernen, Probleme und Konflikte zu bewältigen. Dabei müssen Erwachsene als Vorbilder und Gesprächspartner Hilfe bieten können. **Andererseits muss die Politik dafür sorgen, dass durch eine sachliche Aufklärung auf die grossen Gefahren des Cannabiskonsums aufmerksam gemacht wird. Das Angebot von Drogen**

muss möglichst klein gehalten und damit der Zugang zu Drogen unterbunden werden. Da der Konsum des Suchtmittels Cannabis erwiesenermassen gesundheitsschädigend, rauscherzeugend und abhängigmachend ist und die meisten Schweizer Bürgerinnen und Bürger die negativen Auswirkungen des Cannabiskonsums selber beobachten können, wurden sowohl die Droleg-Initiative mit 74 Prozent als auch die Cannabis-Initiative mit 63,3 Prozent abgelehnt. Deshalb ist die Politik verpflichtet, diese Signale ernst zu nehmen und die Cannabisprävention als Auftrag der Suchtberatungsstellen aktiv anzugehen. Unzählige Studien zeigen klar die negativen Auswirkungen des Cannabiskonsums. Deshalb muss die Verharmlosung des Konsums dieses Betäubungsmittels gestoppt werden, denn es geht um die Zukunft unserer Kinder und die Kostenfolgen für unsere Bevölkerung.

Die Studien des Swiss Early Psychosis Project (SWEPP) und der Forschungsbericht ESPAD der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme stellen folgende Fakten fest, die viel Leid in Familien und Millionen von Steuergeldern verschlingen:

- Kognitive Defizite, geringer Bildungserfolg und vor allem eine verschlechterte psychosoziale Anpassung sind die Folgen eines frühen Einstiegs in den Cannabisgebrauch.
- Bis auf wenige Ausnahmen steigen die Problemwerte parallel zur Häufigkeit des Cannabiskonsums an.
- Jugendliche geben in der Befragung an, in der Schweiz sei es «sehr einfach», sich den (illegalen) Cannabis zu besorgen.
- Im Kanton Zürich verliert jeder Dritte seine Lehrstelle; die Arbeitslosigkeit gerade wegen Cannabiskonsum ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen.
- Auch nehmen die Gewalttaten unter Drogeneinfluss beängstigende Ausmasse an (Studie von Prof. M. Killias).
- Die Suizidrate bei Jugendlichen nimmt in der Schweiz einen Spitzenplatz ein, denn Cannabiskonsum führt nicht selten zu Depressionen, Wahnvorstellungen, Psychosen und Schizophrenien.
- Auto- und Arbeitsunfälle unter Cannabis sind heute häufig.

Auch wird erwähnt, dass staatliche Massnahmen und elterliche Kontrollen eng zusammen hängen. Eltern lassen sich in ihren Erziehungsgrundsätzen bezüglich Substanzkonsums und Regelverletzungen durch staatliche Regelungen beeinflussen. Deshalb ist die Forderung für eine nachhaltige Cannabis-Prävention eine dringliche Staatsaufgabe.